Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 2.— Mk., Reklamezeile 4.50 Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zetterstraße 16, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: Bei unserer Geschäftsstelle 12.— Mk. bei unseren Boten ins Haus geliefert 14,00 Mk. Einzelnummer 110 Pf.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zetterstraße 16, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 86 | Dienstag, den 25. Juli 1922 | 61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Der Reichspräsident Ebert wird auf Einladung des hamburgischen Senats am 17. August an dem Empfang im Rathaus teilnehmen, der anläßlich der Hamburger Ueberseewoche stattfindet.

— Von der Reparationskommission wurde für die Periode vom 1. August bis zum Oktober 1922 die monatlich zu liefernde Menge an Kohlen auf 1 725 000 Tonnen festgesetzt.

— Die deutsche Antwort auf das Memorandum des Garantiekomitees wurde nach Paris gesandt.

— Minister Severing erklärte im Preußischen Staatsrat, daß vor der Ernennung der neuen Regierungspräsidenten die Provinzialausschüsse gehört werden sollen.

— Der deutsche Botschafter in Amerika Geheimrat Dr. Wiedfeldt ist in Essen eingetroffen.

— Orlando wurde mit der Kabinettsbildung in Italien beauftragt.

— Korfantys Versuch, ein polnisches Kabinett zu bilden, ist endgültig gescheitert.

— Der Dollar notierte an der Berliner Börse 507.

Das Ziel.

Dieselbe Krisis, welche die junge deutsche Republik heute durchmacht, hat Frankreich um die Jahrhundertwende erlebt und überstanden. Die Dreyfus-Affäre hatte in Paris überaus scharfe Gegensätze zwischen den Anhängern und Bekämpfern der Republik, der Advokaten-Regierung, wie es dort hieß, hervorgerufen, die noch durch das Hineinziehen der kirchlichen Gesellschaften in den Zwist verschärft wurde. Ganz Frankreich war in zwei große Heerlager geteilt, und das Ministerium wandte sehr entschlossene Mittel an, um den Bestand der Republik zu sichern. Alles das ging verhältnismäßig schnell vorüber, es waren die auswärtigen Angelegenheiten, welche die getrennten Geister wieder einigten und sie um das Banner der Republik scharten.

Die auswärtigen Dinge werden es auch in Deutschland sein, die die Lücke, die im Innern klafft, wieder schließen. Die Einigung aller Deutschen durch die auswärtige Politik ist nun freilich nicht in derselben Art wie in Frankreich zu denken, das 1904 die Herzensfreundschaft mit England „zu kriegerischen Zukunftszwecken" schloß, und noch weniger dadurch, daß sich die deutsche Republik als Vorspann für die Pläne zur Herbeiführung für internationale Umwälzungen hergibt, sondern dadurch, daß wir dem deutschen Reiche seine Respektstellung im Kreise der Staaten wiedergewinnen, ohne die kein innerer Wiederaufbau möglich ist.

Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages, der über die Umgestaltung des Londoner Ultimatums wegführt, ist durch die soeben erfolgte Einführung der Kontrolle für die deutschen Finanzen mit einem neuen Hindernis versehen worden. Vielleicht wäre diese Finanzkontrolle heute nicht gekommen, wenn wir vor Jahresfrist mit der inzwischen wieder eingeschlafenen Einrichtung eines „Sparkommissars" Ernst gemacht hätten. Der Sparkommissar war jedenfalls ein angenehmerer Gast als die Finanzkontrolle. Vielleicht faßt dieselbe unser Budget mit Glacehandschuhen, vielleicht ist sie aber auch anderen Sinnes und denkt an Poincarés und Clemenceaus Worte, daß Frankreich das erste Recht auf die deutschen Einnahmen habe. Hier gilt das kräftige Volkswort: Besser bewahrt, als beklagt! Und darum müssen wir es als das erste Ziel und als eine Ehrensache betrachten, uns diesen Kuratelversuch wieder vom Halse zu schaffen.

Alle deutschen Volksgenossen und alle politischen Parteien haben an der Erreichung dieses Zieles das größte Interesse, denn es ist nicht hübsch, wenn ein Volk von 60 Millionen Seelen wie ein jugendlicher Verschwender in seinen Einnahmen und seinen Ausgaben kontrolliert wird. Die Arbeiter haben an der Beseitigung dieses Zustandes vielleicht das größte Interesse, denn sie müssen daran denken, daß die französischen Geldheischer den deutschen Ausgaben für Sozialpolitik nicht gerade freundlich gegenüberstehen. Bis wir uns aber wieder Ellenbogenfreiheit verschafft haben, müssen wir alles tun, um den Finanzkontrolleuren den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es ist also ein Gebot der Klugheit, die wirtschaftliche Produktion den politischen Auseinandersetzungen vorzustellen, denn die letzteren nützen nichts ohne die ersteren, die allein Goldwerte bedeuten und die uns allein die volle Selbständigkeit des finanziellen Handelns wiedergeben können. Mehr Steuern können wir nicht zahlen, viel mehr Papiergeld läßt sich nicht drucken, wenn die Mark nicht den letzten Wertrest verlieren soll, aber eine Verdopplung der Fabrikate und Waren bringt doppeltes und gutes Geld ins Land. Das Mitleid der Entente, auf das bei uns noch mancher rechnet, garantiert auch keine reiche Ernte, das sehen wir an dem Nothelf eines provisorischen Moratoriums, hinter dem allerlei verborgene Pläne lauern.

Unter Entente-Aufsicht.

Der Bestimmungen über die Finanzkontrolle.

Das Schreiben des Garantiekomitees an den deutschen Reichskanzler liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sein Schwerpunkt liegt in den Kontrollbestimmungen, die die schlimmsten Erwartungen übertreffen und der deutschen Hoheit den Todesstoß versetzen. In diesen Bestimmungen heißt es:

I. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei Vertreter der ständigen Delegation des Garantiekomitees besonders akkreditiert werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Einnahmen, der andere mit den Ausgaben des Reiches befassen wird.

II. Jeder von ihnen wird besonders mit dem zuständigen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen.

III. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieser Delegierten unaufgefordert dem Garantiekomitee nachstehende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:

a) den Entwurf des Reichshaushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr. Dieser Entwurf wird zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.

b) Alle Gesetzentwürfe fiskalischer Art. Diese Entwürfe werden zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.

Unter c bis h wird dann noch weiter ausgeführt: Die Anträge auf einen Nachtragskredit, die Entscheidungen des Finanzministers, durch die ein Ergänzungskredit bewilligt wird, die monatlichen Kassenabschlüsse der Zentralbehörden, die vom Ersparniskommissar erzielten Ergebnisse, die Verordnungen zur Regelung von Steuererhebungen und schließlich noch die in einer Anlage aufgeführten periodischen Uebersichten.

Die Aufgabe der Kontrolldelegierten.

IV. Die Delegierten und ihre Vertreter werden in ständiger Fühlung mit den beteiligten Stellen des Reichsfinanzministeriums (vgl. Ziffer II) diejenigen Auskünfte sammeln, die für das Komitee notwendig sind, um in voller Kenntnis der Sachlage zu beurteilen:

die Steuerprojekte, die Veranschlagung der Steuerverträge, die Veranschlagung der Ausgaben nach dem Haushaltsentwurf oder die Ausgaben über die Ansätze des Haushalts hinaus, welche dem Garantiekomitee in der oben angegebenen Weise offiziell übermittelt worden sind.

V. Die Delegierten müssen außerdem diejenigen Maßnahmen kennen lernen, welche die Zentralverwaltung zu treffen beabsichtigt, um das Funktionieren der Steuergesetze und des Rechnungswesens sicherzustellen.

Unter VI und VII werden dann noch die Aufgaben der Delegierten im einzelnen aufgeführt. U. a. haben sie sich davon zu vergewissern, daß ohne besondere Genehmigung der zuständigen Stelle keine Zahlung erfolgt ist, welche die im laufenden Haushalt vorgesehenen Kredite überschreitet, sowie die Ursachen von Verzögerungen kennen zu lernen, die bei der Veranlagung und Erhebung der Steuern festgestellt werden.

Der Nachprüfungsdienst.

VIII. Das Garantiekomitee hat davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung demnächst einen der Zentralverwaltung angegliederten beweglichen Nachprüfungsdienst schaffen wird, der dazu bestimmt ist, die dem Reichsfinanzministerium nachgeordneten Dienststellen zu inspizieren.

Der Inhalt der Berichte der beweglichen Inspektionsbeamten wird, soweit er auf die Aufgabe des Garantiekomitees Bezug hat, dessen Delegierten mitgeteilt werden.

Von Zeit zu Zeit können die Delegierten oder ihre Vertreter auf ihr Ersuchen die Inspektionsbeamten dieses Nachprüfungsdienstes zum Zwecke der Vornahme von Stichproben begleiten. Bei diesen Stichproben werden sich die Beamten des Garantiekomitees die Notwendigkeit vor Augen halten, den Gang der Verwaltung nicht zu stören und das Geheimnis des Vermögens und der Angelegenheiten der Steuerzahler zu achten.

Der obengenannte Nachprüfungsdienst soll am 1. November 1922 in Tätigkeit sein.

*

Schwebende Schuld.

Zur Aufgabe des Garantiekomitees gehört es, Maßnahmen zu treffen, die es ihm ermöglichen, jederzeit den genauen Stand der schwebenden Schuld zu kennen und sich Rechenschaft zu geben über die Zahlungsmittel, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung seiner Ausgaben verwendet.

Zu diesem Zwecke wird einer der in der Ziffer I des Kapitels I dieses Memorandums vorgesehenen Delegierten oder einer ihrer Vertreter von der deutschen Regierung bei dem Reichsfinanzministerium für diese Aufgabe besonders beglaubigt werden.

Unterdrückung der Kapitalflucht.

Das Memorandum enthält weiterhin einen längeren Abschnitt, der die Richtlinien für gesetzgeberische Maßnahmen zur Ergänzung des deutschen Kapitalfluchtgesetzes wiedergibt. Bautechnische Fragen und bis ins Einzelne gehende Leitsätze zu Ausführungsbestimmungen finden sich dort.

Statistiken und Anlagen.

In einem weiteren Abschnitt werden Bestimmungen für die Aufstellung von Statistiken des Außenhandels, einer Produktions- und einer Finanzstatistik gegeben. Der Denkschrift sind einige Anlagen beigefügt.

Reichstag und Finanzkontrolle.

Die Aussprache im Auswärtigen Ausschuß.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf das Memorandum des Garantiekomitees ist bereits nach Paris gesandt worden und wird demnächst veröffentlicht werden. Auf Grund der Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß ist der Text noch etwas verändert worden, doch hatte sich die Reichsregierung schon vorher grundsätzlich festgelegt. Im Ausschuß war man darüber stark verstimmt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Stresemann, gab zu Eingang der Verhandlung dieser Stimmung Ausdruck. Abg. Dr. Helfferich schlug sogar vor, man solle überhaupt nicht in Verhandlungen eintreten, zog jedoch diesen Einspruch zurück mit der Begründung, es ließe sich vielleicht dadurch noch etwas für die Verbesserung der Antwortnote erreichen.

In den Beratungen, in die man sodann eintrat, stellte die Regierung mit allem Nachdruck fest, daß die Zustimmung zu der Aufrichtung einer Finanzkontrolle nur im Zusammenhang mit dem Moratorium zu denken sei. Sollte das Moratorium nicht zustande kommen, so wäre selbstverständlich auch die Vereinbarung mit dem Garantiekomitee hinfällig. Besonderer Nachdruck werde bei der Ausführung der Kontrolle darauf gelegt werden, daß das Steuergeheimnis der einzelnen Zensiten nicht verletzt werde.

Der Ausschuß ging auseinander, ohne einen Beschluß zu fassen. Die Erklärungen der Reichsregierung wurden lediglich zur Kenntnis genommen. Man will also zunächst der Regierung freie Hand lassen, ohne sich selbst zu binden, doch war man sich bis weit nach rechts hin darüber klar, daß ohne eine gewisse Finanzkontrolle an ein Moratorium und eine Anleihe nicht zu denken ist.

Der neue Preußenturs.

Severing verteidigt sich im Staatsrat.

Der preußische Staatsrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Neubesetzung einer größeren Anzahl höherer Verwaltungsstellen, wobei nicht nur von dem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, Grafen Ranzau, sondern auch von dem Zentrumsredner Dr. Kaas gerügt wurde, daß die Neubesetzung ohne vorherige Anhörung der Provinzialausschüsse erfolgt sei. Minister Severing erklärte demgegenüber, daß eine amtliche Veröffentlichung der Neuernennungen noch gar nicht erfolgt sei. Das Staatsministerium habe allerdings den Minister des Innern ermächtigt, die Ernennungen ohne Einvernehmen mit den Provinzialausschüssen vorzunehmen, wenn es ihm nicht gelinge, innerhalb 3 Wochen dieses Einvernehmen herzustellen.

*

Gleichzeitig gibt der amtliche preußische Pressedienst nochmals eine Zusammenstellung der in Aussicht genommenen neuen Männer. Neu ist darin nur, daß der Ministerialrat Dr. Sonnenschein in Osnabrück, Landrat Dr. Rombach (Düren) in Münster, Landrat Dr. Saaßen (Kreseld) in Trier und Landrat Dr. Klausener (Recklinghausen) in Aachen Regierungspräsidenten werden sollen. Bestätigt wird ferner daß Dr. Wiemer als Oberpräsident der Grenzmark Posen-Westpreußen in Aussicht genommen ist. Dieser Mitteilung wird hinzugefügt: Um eine möglichst baldige Wiederbesetzung der vakanten Stellen herbeizuführen, sind vom Staatsministerium bereits die erforderlichen Schritte zur Herbeiführung des Einvernehmens der Provinzialausschüsse gemäß Art. 86 der Verfassung unternommen worden.

Vom Getreidemarkt.

In der Berichtswoche hat es eine außerordentliche Fülle von Niederschlägen gegeben. Dem Wunsche nach Feuchtigkeit ist nunmehr überreichlich Genüge getan und es ist umso wünschenswerter, daß schleunigst wieder sonniges, trockenes und warmes Wetter eintritt, weil die Roggenernte bereits kurz vor jenem Regen begonnen hatte und allgemein der Sense harrt. Die starken Regengüsse im Verein mit zeitweise sehr stürmischem Wetter haben leider zahlreiche Felder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220725-12/fragment/page=0001

zum Lagern gebracht, was beim Roggen die Erntearbeit unserer Landwirte empfindlich erschweren wird. In unseren Obstplantagen haben Sturm und Regen sehr gewütet; ein recht erheblicher Prozentsatz des Obstes ist abgeschlagen.

Im Produktenverkehr gab sich in Weizen einige Zeit hindurch mehr Angebot kund. Von Roggen fehlte es am Markt nicht an Material. Die Zufuhr neuen Roggens wird sich infolge der nassen Witterung verzögern. Neue Wintergerste war in dieser Woche bereits vielfach angeboten, und es bestätigte sich weiter, daß sie diesmal wesentlich flacheres Korn als im Vorjahre hat. Das Material wird in der Hauptsache bei nicht zu großen Forderungen von der Malzkaffeeindustrie gesucht. Für Hafer ergibt sich das Angebot im Vergleich zum laufenden Bedarf wieder recht knapp, sodaß die Preise bis über 1000 Mark anzogen. Die Vorräte der Konsumenten und des Handels bleiben andauernd gering. Mais ist mit seinen Preisen im Anschluß an die erneute Verschlechterung unserer Baluta gestiegen.

Außerordentlich dringend blieb die Nachfrage für Erbsen, welche anzogen. Das im Lande vorhandene Material scheint nicht mehr groß zu sein. In Futterstoffen war das Geschäft sehr ungleichmäßig, indem nur zeitweise besonders starke Dollarsteigerungen die Kaufneigung anregten. Im übrigen waren die Käufer in Futterartikeln vorsichtiger als bisher. Außerordentlich stramm war die Geschäftslage für Rauhfutter, welches weiter sprungweise in die Höhe ging. Die Verpflegungsämter des Westens zeigen lebhaften Bedarf und auch sonst überstieg die Nachfrage in Heu wie besonders in gutem Stroh erheblich das Angebot.

Preisnotierungen.

Getreidenotierungen in Mark je Tonne. Chicago: Weizen 20 162—19 957. Mais 12 154—12 418. Berlin: Weizen 23 600—23 200. Roggen 17 400—17 100. Gerste 20 800—21 200. Hafer 19 800—20 200. Mais 17 100 bis 18 000. Hamburg: Weizen 23 000—23 600. Roggen 17 600—18 000. Hafer 20 800—20 000. Gerste 20 600 bis 22 000 (ausländische 19 000—19 600). Mais 17 600—18 000. Breslau: Weizen 21 200. Hafer 18 600. Roggen 16 800. Gerste 19 200—17 000. Mannheim: Weizen 27 000—27 .0?. Roggen 19 500—19 750. Hafer 22 00—23 000. Mais 21 000. Gerste 22 000. Dresden: Weizen 21 000—21 500. Roggen 16 000—16 400. Gerste 19 800—17 000. Hafer 19 600 bis 20 000. Köln a. Rh.: Weizen 23 000—23 750. Roggen 18 750—19 000. Hafer 21 250—22 000. Gerste 20 000 bis 20 500. Mais 20 700—21 000.

Kartoffelpreise der Notierungskommission in Mark je Zenter. Frankfurt a. M.: Mitteldeutsche Frühkartoffeln 650—700.

Butterversteigerungen. Berlin: 286 Faß zu 8949 Mark im Durchschnitt. Höchstpreis 9720, niedrigster Preis 7820 Mark. Hamburg: 392 Faß zu 9098 Mark im Durchschnitt 1. Qualität. Höchstpreis 9129, niedrigster Preis 9040 Mark. 4 Faß 2. Qualität zu 8925 Mark im Durchschnitt. Bremen: 266 Faß. 1. Qualität Höchstpreis 9400, niedrigster Preis 8490 Mark. 2. Qualität 8110—8340 Mark. Mark abfallende Ware 4500—5490 Mark.

Deutsches Reich.

24. Juli 1922.

° **Aufschub der Reichspräsidentenwahl?** Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigen die Demokraten, beim Wiederzusammentritt des Reichstages einen Antrag einzubringen, der eine Verlängerung der Amtsperiode des Herrn Ebert um zwei Jahre vorsieht. Man begründet diesen Plan damit, daß kein bürgerlicher Kandidat vorhanden sein würde, der Aussicht auf eine Wählermehrheit hätte. Dieser Grund dürfte wohl aber kaum stichhaltig sein, um eine Verfassungsänderung vorzunehmen, zumal da man gar nicht wissen kann, ob nach zwei Jahren ein aussichtsreicher Kandidat vorhanden wäre.

° **Die Regierungsbildung in Braunschweig bis zum Herbst vertagt.** Im braunschweigischen Landtag kam es bei der Ministerwahl zu stürmischen Szenen, die durch den Abg. Sepp Oerter hervorgerufen waren. Oerter hatte sich in seiner Rede in scharfer Weise gegen den als Minister vorgeschlagenen Redakteur Vogtherr gewandt. Er griff dabei auch die Abgeordneten Hansmann, Gerecke und Jürgens an. Die letzten beiden gerieten darüber in eine solche Erregung, daß sie auf Oerter eindrangen und tätlich gegen ihn wurden. Die Sitzung mußte infolge des entstandenen Tumultes unterbrochen werden. Der Landtag und damit auch die Umbildung der Regierung wurden darauf bis zum Herbst vertagt.

° **Bazille gegen Keil.** Im württembergischen Landtag beantragte der deutschnationale Abg. Bazille die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen den Arbeitsminister Keil. Bekanntlich hatte Keil als Reichstagsabgeordneter in der letzten Sitzung des Reichstags gegen den Abg. Bazille Beschuldigungen erhoben auf Grund amtlicher Kenntnis der einschlägigen Akten. Keil kündigte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den im württembergischen Staatsdienst stehenden Abg. Bazille an. Auf Grund des § 28 der württembergischen Verfassung hat die Bürgerpartei und der Bauernbund im weiteren Verfolg der Angelegenheit einen Antrag auf Entlassung des Ministers Keil wegen Amtsmißbrauchs gestellt. Abg. Bazille hat außerdem unter Verzicht auf seine Immunität als Reichs- und Landtagsabgeordneter wegen der vom Abg. Keil gegen ihn erhobenen Anschuldigungen bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart die Einleitung eines Strafverfahrens gegen sich selbst beantragt, ebenso beim württembergischen Staatsministerium die Einleitung eines Disziplinarverfahrens.

° **Die Krise in Bayern.** Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei ist zu dem einhelligen Entschluß gekommen, mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln den Standpunkt Bayerns gegen die Reichstagsbeschlüsse in der Frage des Schutzes der Republik aufs entschiedenste zu wahren. In politischen Kreisen wird dieser Beschluß dahin aufgefaßt, daß die Partei entschlossen zu sein scheint, die Gesetze zum Schutz der Republik in Bayern nicht zur Durchführung kommen zu lassen, sondern das letzte parlamentarische Mittel, den Volksentscheid herbeizuführen, in Anspruch zu nehmen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Demokraten aus der Regierung ausscheiden, wodurch eine partielle Ministerkrise herbeigeführt werden würde.

° **Abberufung des Grafen Zech?** Wie der „Bayr. Kurier" mitteilt, hat die bayerische Regierung bei der Reichsregierung die Abberufung des Grafen Zech, des Vertreters der Reichsregierung in München, verlangt. Man macht dem Grafen Zech zum Vorwurf, daß er mit dem wegen Hochverrats zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Frhrn. v. Leoprechting in ständigem Verkehr gestanden und durch ihn die bayerische Regierung bespitzelt habe.

° **Kein Verbot des „Fridericus Rex".** Der Antrag der hessischen Regierung, die öffentliche Vorführung des Films „Fridericus Rex" zu verbieten, wurde von der Filmoberprüfstelle zurückgewiesen. In der Begründung dieser Entscheidung wurde ausgeführt, daß es Aufgabe der Polizei sei, Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu verhindern. Es sei aber nicht Aufgabe der Filmoberprüfstelle, eine vorübergehende Störung oder, wie im vorliegenden Falle, eine nur zu befürchtende Störung zu verhindern und einen Film zu verbieten, bei dem zwar Störungen versucht würden, aus Gründen jedoch, die außerhalb seines Inhaltes liegen.

Die Verhandlungen mit den Beamten.

Berlin, 23. Juli. Im Reichsfinanzministerium begannen gestern die neuen Verhandlungen über die Gehalts- und Lohnerhöhungen für die Beamten und Arbeiter der Reichs- und Staatsbetriebe. Seitens der Vertreter der Beamten- und Arbeiterorganisationen ist beabsichtigt, im Verlauf dieser Verhandlungen auf das Beispiel des Reichstages hinzuweisen, der erst kürzlich die Diäten für die Volksvertreter auf 10 000 Mark monatlich, also auf das Vierzigfache ihrer Friedensbezüge erhöht habe, während die Einkommen der Beamten und Staatsarbeiter sich augenblicklich nur auf das Siebzehn- bis Achtzehnfache gegenüber den Friedenssätzen belaufe.

Keine Verschärfung des Lichtspielgesetzes.

Berlin, 23. Juli. Gemäß einem Beschluß des Reichstags wird im Reichsministerium des Innern zurzeit das Lichtspielgesetz nachgeprüft. Die Vorarbeiten haben noch nicht zur Aufstellung eines neuen Entwurfs geführt. Mitteilungen über angebliche Absichten der beteiligten Behörden, die Zensur zu verschärfen, entbehren der Grundlage.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 23. Juli. Wie verlautet, ist das Vorabkommen mit Polen abgeschlossen. Es bestimmt das gemeinsame Programm der Verhandlungen und die Bildung von sechs Kommissionen. Verhandlungsorte sind Warschau und Dresden. Das Vorabkommen umfaßt auch ein materielles Abkommen. Danach verpflichtet sich Deutschland, die Ausfuhrgesuche nach Polen ebenso zu behandeln wie diejenigen nach sämtlichen anderen Ländern. Polen verpflichtet sich, Deutschland den Transit nach Rußland zu gewähren. Ueber die Einzelheiten wird noch verhandelt.

Die bayerische Krise.

München, 23. Juli. Der bayerische Ministerrat hielt gestern eine Sitzung ab, in der endgültig Beschluß gefaßt werden sollte über die Haltung in der Schutzgesetzfrage. Da jedoch der Landwirtschaftsminister nicht anwesend war, wurde die endgültige Beschlußfassung auf Montag vertagt.

Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten.

Berlin, 23. Juli. Die inoffizielle Aussprache zwischen führenden Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zwecks Gründung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist in den letzten Tagen während den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses fortgesetzt worden. Dabei ist wieder einmal der Gedanke erörtert worden, die Amtsdauer des Reichspräsidenten Ebert um zwei Jahre zu verlängern. Man ist auf demokratischer Seite der Ansicht, daß diese Anregung keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Für den Plan einer neuen Verschiebung hat sich besonders die Deutsche Volkspartei eingesetzt. Der Gedanke ist zwar von den übrigen Parteivertretern beifällig aufgenommen worden, doch darf man daraus nicht ohne weiteres folgern, daß auch ihre Fraktionen damit einverstanden sind.

Bayern und das Schutzgesetz.

Nach Meldung der Berl. Montagspost aus München soll das Staatsministerium mit Stimmenmehrheit beschlossen haben, eine Verordnung zu erlassen, durch die die bayerische Staatsregierung das Recht des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt, aber den Vollzug den bayerischen Staatsanwälten und Volksgerichten überträgt, und damit für Bayern die Wirksamkeit der Reichsbehörde und des neuen Staatsgerichtshofes ausschaltet. Die Mehrheit des bayerischen Ministeriums glaubt sich bei diesen Vorgehen auf Artikel 48 der Reichsverfassung berufen zu können, in dessen letztem Absatz den Landesregierungen das Recht eingeräumt wird, wenn Gefahr im Verzuge ist, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Die Mehrheit des bayerischen Kabinetts hat ferner beschlossen, das Reichskriminalpolizeigesetz nicht als rechtsverbindlich anzuerkennen und seinen Vollzug in Berlin nicht zu gestatten. Die demokratische Partei in Bayern erachtet durch diese Beschlüsse das bisherige Regierungsprogramm als durchbrochen und erklärt die Regierungskoalition für gesprengt, da die beschlossene Maßnahme mit der Reichs- und Landesverfassung nicht vereinbar sei. Der demokratische Handelsminister Hamm hat daher dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld seinen Rücktritt angekündigt. Da die Beschlüsse des bayerischen Staatsministerium die Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen

---

Tausendfältig Unglück.

Roman von H. Hill.

14 (Nachdruck verboten.)

An der Ecke der High-Street, Nottinghill, entließ sie den zweiten Wagen und ging zu Fuß, Nummer 430 ausfindig zu machen. Sie hatte eine beträchtliche Distanz zurückzulegen, ehe sie sie erreichte, und fand, genau so wie sie es erwartet hatte, daß es ein kleiner Zeitungsladen sei, an dessen Fenster folgende Aufschrift angebracht war: „Briefe können abgeholt oder befördert werden. Honorar 1 Penny."

Sie vergewisserte sich zuerst, daß der Name Webley noch über der Tür stand, dann überschritt sie die schmutzige Schwelle und befand sich in einer Atmosphäre, die von dem unangenehmen Geruche der Druckerschwärze ganz erfüllt war. Eine starke Frau, die hinter dem kleinen Ladentische gestrickt hatte, stand bei Janets Eintritt auf — gierig, wie sie glaubte, eine Kundschaft zu empfangen. Um sich bei ihr einzuführen, kaufte das junge Mädchen eine Zeitschrift und ein halbes Dutzend Pennyblätter und während sie diesen Handel abschloß, nahm sie die Verkäuferin in Augenschein.

Der Eindruck war nicht sehr günstig. Auf den ersten Blick hätte man sie für eine dumme, gutmütige Person halten können, aber wenn man sie näher betrachtete, verlor sie an Harmlosigkeit. Die Augen, die sehr nahe zusammensaßen, als ob sie das Dazwischentreten der knolligen Nase störte, waren klein und rot gerändert, und sie sah nie in das Gesicht desjenigen, mit dem sie sprach.

Sie schien keine sehr einladende Persönlichkeit, um bei ihr Beistand in einer Sache auf Leben und Tod zu suchen, und schien auch nicht besonders vertrauenswürdig zu sein. Dennoch mußte Janet den Versuch wagen.

„Sie empfangen hier Briefe," sagte sie und holte einige kleine Münzen hervor, um ihren Einkauf zu bezahlen. „Halten Sie ein Register von jenen, die hier abgeholt oder befördert werden?"

Die Frau strich das Geld ein und ließ es Münze für Münze in die Schublade gleiten, ehe sie antwortete.

„Es scheint, daß Sie deshalb einen Schilling ausgegeben haben, um das zu erfahren," sagte sie langsam. „Nein, ich halte kein Register; und ich tue auch etwas anderes nicht: ich verrate meine Kundschaften nicht."

Ihre Augen erhoben sich diesmal bis zu Janets Nase und senkten sich dann rasch in einem augenscheinlichen Versuche, das gutgemachte, aber schon etwas abgetragene Kleid zu prüfen, das die junge Dame anhatte. Janet durchschaute ihre Absicht. Sie dachte wohl, daß sie sich Briefe dorthin adressieren lassen wollte, und schätzte ihren wahrscheinlichen Wert für sie vom Standpunkte der Erpressung ab. Es wäre ihr wahrlich leid gewesen, irgend eine Korrespondenz durch die Hände dieser Harpyie gehen zu sehen.

Ihr Glaubensbekenntnis ignorierend, stellte sie eine andere Frage: „Können Sie mir die gegenwärtige Adresse von einem Herrn Danvers Crane geben, der vor zwei Jahren seine Briefe hierher adressieren ließ?"

Die Antwort war ein Kopfschütteln, und sie setzte sich wieder nieder und kehrte zu ihrem Strickzeuge zurück.

Janet drang in sie: „Ich gebe Ihnen einen Souvereign für die Information und verspreche Ihnen, dem Herrn nicht zu sagen, wo ich sie erhielt."

Die Frau sah rasch auf und warf einen Blick nach dem Ladenfenster. Als sie den Kopf wieder zurückwandte, hatte sich ihr Benehmen vollständig geändert.

„Das ist geschäftsmäßig gesprochen," sagte sie kurz. „Wenn Sie in einer halben Stunde wiederkommen, werde ich herausgefunden haben, was Sie wünschen."

Da Janet seit ihrer Abreise nichts gegessen hatte, verbrachte sie die Zeit bei einem Konditor, und als sie sich wieder bei Frau Webley einfand, traf sie sie noch immer in einer entgegenkommenden Stimmung.

„Hier ist die Adresse, obwohl ich nicht weiß, ob der Herr noch dort wohnt," sagte sie und händigte dem jungen Mädchen ein Stück Papier ein, wofür Janet ihr voll Eifer den versprochenen Souvereign hinhielt.

„Können Sie ihn mir vielleicht beschreiben?" fragte sie.

Aber ohne aufzublicken murmelte Frau Webley über ihrem Strickzeuge, daß sie dies nicht könne, da sie den Herrn niemals gesehen habe, seine Briefe waren immer durch die Post befördert worden.

Einen Augenblick später war Janet auf der Straße. In fieberhafter Erregung las sie folgende Adresse, die mit Bleistift gekritzelt war:

„Herrn Danvers Crane, Mühlhaus, Chipping Wyvern, Essex."

14. Kapitel.

Janets erstes Gefühl, nachdem sie Frau Webleys Handschrift geprüft hatte, war dasjenige der Enttäuschung. Sie hatte gehofft, daß die Frau die Briefe unter der Adresse „Danvers Crane" erhalten und an Roger Markes weiterbefördert hatte, in welchem Falle allerdings ihre Vermutung betreffs Klara Rivingtons letzter Aeußerung bestätigt worden wäre.

Daß diese Aeußerung irgendwie auf ihren Mörder Bezug hatte, daran zweifelte Janet auch nicht einen Augenblick, aber wenn es ihr nicht gelang, irgend einen Zusammenhang zwischen ihr und Roger Marske herauszufinden, hatten solche Vermutungen für Rivingtons Entlastung wenig Wert. Seine Schwester konnte in Korrespondenz mit zwanzig Danvers Cranes gewesen sein, ohne daß dies irgend ein Licht auf ihre geheimnisvolle Beschuldigung geworfen hätte; das arme Mädchen hatte nichts von Danvers Crane gesagt; ihre Worte hatten gelautet: „Mann . . . Maske . . . Roger . . ." Aber immerhin war die Möglichkeit vorhanden, daß Roger Marske trotz alledem damit in Verbindung stand; einem abgefeimten Schurken, dem es darum zu tun war, seine Identität zu verheimlichen, fiel der Gebrauch eines falschen Namens sehr leicht, obwohl Janet nicht verstehen konnte, weshalb derselbe in seinen Beziehungen zu Frau Webley notwendig gewesen wäre, da Klara Rivington doch seinen wahren Namen gekannt hatte. Sie sah auf ihre Uhr und bemerkte, daß es beinahe sieben war. Es war beim besten Willen zu spät, um sich nach Essex, an einen unbekannten Bestimmungsort, zu begeben, der vielleicht meilenweit von der Station enfernt war, und so mußte sie sich wohl entschließen, an ein Nachtasyl zu denken. Sie begab sich, dem vorgefaßten Plane gemäß, zu der ehemaligen Köchin in Bloomsbury, wurde mit herzlicher Freude empfangen und so gut untergebracht, als die Umstände es gestatteten.

Sie war sehr früh auf und nahm in Liverpool Street einen der ersten Züge nach Brentwood. Dort vergewisserte sie sich durch Erkundigungen auf der Station, daß Chipping Wyvern ein bloßer Weiler, drei Meilen entfernt, im Herzen der Gegend war. Da es ein lieblicher Sommertag war und Janet sich erst erkundigen wollte, ehe sie an das Mühlhaus ging, erlangte sie Weisungen von einem freundlichen Portier und begann, die Entfernung in raschester Gangart zurückzulegen.

Eine Meile hinter den Vorstädten folgte sie der Landstraße, und dann kürzte sie den Weg ab, indem sie einen Pfad einschlug, den man ihr beschrieben hatte. Der Pfad führte durch wogende Kornfelder und saftige grüne Wiesen, bis Janet auf ein Tal herniedersah, durch das sich ein von Bäumen umsäumter Fluß wand.

Unmittelbar unter ihr lag eine Gruppe von Hütten, in der sie nach der Beschreibung Chypping Wyvern erkannte aber sie war ein wenig vom Fluß entfernt, und es war auch kein Haus darunter, in welchem ein vornehmer Herr möglicherweise wohnen konnte. Janet wendete den Blick zur Linken und entdeckte die spitzen Giebel eines Daches, das sich eine halbe Meile vom Weiler entfernt über den Pappelbäumen erhob. Ein silberner Schimmer unter den Bäumen zeigte ihr an, daß das Gebäude am Wasser stand und wahrlich das Mühlhaus war.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220725-12/fragment/page=0002

Volkspartei und der bayerischen Volkspartei im Landtage finden werden, wird die Regierung über eine Mehrheit verfügen. Der bayerische Bauernbund wird am Mittwoch zu der allgemeinen Stellungnahme schreiten.

Die Reichspräsidentenwahl.

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, wird die Neuwahl des Reichspräsidenten bestimmt an einem Sonntag des Januar stattfinden. Bei der Achtung, deren sich der Reichspräsident Ebert bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein erfreut, rechnet man auch in parlamentarischen Kreisen der bürgerlichen Parteien nicht damit, daß sich nach der Wahl die Person des Reichspräsidenten nicht ändert.

Erhöhung des Teuerungszuschlags.

Berlin, 23. Juli. Die Beratungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben dazu geführt, daß vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der gesetzgebenden Körperschaften bei den Beamten- und Angestelltenbezügen der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. Juli von 105 auf 160 und vom 1. August ab auf 185 Prozent erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 und für August um rund 34 Prozent. Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeitslöhne. Die Verhandlungen hierüber werden am 24. Juli fortgesetzt.

Berlin vor der Zahlungseinstellung. Der Berliner Magistrat beschäftigte sich am Sonnabend mit den neuen Lohnforderungen der städtischen Arbeitnehmer. Dabei wurde ausführlich die finanzielle Lage der Stadt besprochen. Es wurde betont, daß dadurch ungeheure Mehrkosten entständen, die eine ganz wesentliche Erhöhung aller städtischen Tarife und sonstigen Gebühren städtischer Betriebe wie der Wohlfahrtsanstalten, der Krankenhäuser usw. erforderlich machten, wobei es immer noch fraglich erscheine, ob damit alle Mehraufwendungen wirklich ausgeglichen werden können. Die fortschreitende Entwertung der Mark hat alle Großstädte, besonders aber Berlin, in eine so katastrophale Lage gebracht, daß bereits für die nächsten Tage und Wochen ein Eingreifen des Reiches von den Kommunalbehörden als einziger Rettungsweg angesehen wird, um Berlin vor der Gefahr einer Zahlungseinstellung zu bewahren. Bleibt diese Hilfe aus, dann wäre mit dem Eintritt einer städtischen Finanzkatastrophe schon in kürzester Zeit zu rechnen.

° **Berlin.** Der Polizeipräsident von Berlin hat das weitere Erscheinen der von Ernst Pfeiffer herausgegebenen Wochenschrift „Der Aufrechte" auf die Dauer von vier Wochen verboten.

° **Frankfurt a. M.** Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat unterm 20. Juli jede Veranstaltung, Feier und Sitzung usw. der Orts- und anderen Gruppen des Jungdeutschen Ordens in der Provinz Hessen-Nassau bis auf weiteres verboten.

° **Braunschweig.** Wie der „Braunschweigische Volksfreund" mitteilt, ist der Reichstagsabgeordnete Heinrich Rieke (Soz.) im Alter von 80 Jahren gestorben. Den ersten deutschen Reichstag nach der Revolution hat Rieke als Alterspräsident eröffnet.

Auslands-Rundschau.

Korfantys Kabinett gescheitert.

+ Da der Klub der Verfassungsfreunde Korfanty die weitere Unterstützung versagt hat, ist dessen Wahl zum Ministerpräsidenten erledigt. Pilsudski wird nunmehr die Bildung eines über den Parteien stehenden Kabinetts vornehmen.

Der „Minderheitenschutz" in Jugoslawien.

+ Belgrader Meldungen berichten, daß die jugoslawische Regierung eine neue Verordnung erlassen hat, wonach bei den bevorstehenden Wahlen zur Skupschtina alle Slawen, auch wenn sie nicht jugoslawische Staatsangehörige sind, das Wahlrecht haben. Infolge dieser Verfügung sind alle eingewanderten Tschechen, die russischen Flüchtlinge und die 30 000 Mann der Wrangel-Armee wahlberechtigt. Infolgedessen verlieren alle Deutschen und Ungarn, die in Slowenien seit mehreren hundert Jahren ansässig sind, das Wahlrecht zur Skupschtina.

Ein Kabinett Orlando?

Nachdem Giolitti es abgelehnt hat, sich an der Lösung der Kabinettskrise zu beteiligen und es vorzog, nicht nach Rom zu kommen, hat Orlando, der auch den Sozialisten nicht unsympathisch ist, Aussicht, in kürzester Frist ein Kabinett der Mitte auf breiter Grundlage zustande zu bringen. Orlando soll sich bereits mit Bonomi wegen Uebernahme des Außenministeriums in Verbindung gesetzt haben. Er dürfte nur die Demokraten und die Volkspartei heranziehen und sowohl die Rechte wie die Sozialisten außerhalb des Kabinetts lassen.

Frankreich fordert ein Fünftel unseres Aktienbesitzes.

Zürich, 23. Juli. Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus Paris: Der französische Ministerrat hat sich für die Auslieferung von einem Fünftel des deutschen Aktienbseitzes als Pfand für eine eventuelle Zahlungsstundung entschieden.

Der abgesagte italienische Generalstreik.

Mailand, 23. Juli. Der Faszistenführer Mussolini richtete an die Sozialisten durch eine Extraausgabe des „Popolo d'Italia" das Ultimatum, den „idiotischen Streik" sofort abzubrechen, da sonst dreißigtausend Faszisten Mailand besetzen würden. Das Ultimatum, das von einer Mobilisationsorder an die Faszisten begleitet war, hat begreiflicherweise in Mailand große Erregung verursacht. Die Vertreter der Arbeitskammern von Mailand, Turin, Novarra, Bergamo, Como u. a. traten sofort zu einer Sitzung zusammen und beschlossen den sofortigen Abbruch des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Kabinettsbildung Orlandos.

Mailand, 23. Juli. Orlando soll bereits eine Ministerliste aufgestellt haben. Von sozialistischer Seite wird gegen seine Ernennung zum Ministerpräsidenten keine Opposition gemacht. Sie würden ein Kabinett Orlando unterstützen, wenn aus der Ministerliste hervorgehe, daß das Kabinett der gegenwärtigen Lage gewachsen sei. Von den Blättern wird betont, daß das neue Kabinett sich vor allem die Aussöhnung im Innern des Landes und eine strenge Sparpolitik angelegen sein lassen und die Faszistenbewegung mit maßvoller Taktik in den nötigen Grenzen halten müsse.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 24. Juli 1922.

Die Neuregelung der Angestelltenversicherung. Durch die Erweiterung der Versicherungsgrenze der Angestelltenversicherung haben sich auch die Monatsbeiträge jetzt etwas geändert. Sie fangen mit einem Monatsbeitrag von 1,60 Mk. bei einem Jahreseinkommen von 550 Mark an. In den wichtigsten Beitragsklassen sind jetzt folgende Monatsbeiträge zu zahlen: 40 Mark bei einem Jahreseinkommen von von 10 000—15 000 Mark, 48 Mark bei 15 000 bis 30 000 Mark, 60 Mark bei 30 000—50 000 Mark, 80 Mark bei 50 000—75 000 Mark und 110 Mark bei 75 000—100 000 Mark. Diese Sätze gelten vom 1. Juli ab. Empfänger von Ruhegehalt und Wartegeld, die vorübergehend beschäftigt werden, sind während dieser Beschäftigung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 eingereicht werden. Weitere neue Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung sind nicht mehr zulässig.

Kein Strafporto bei Nachsendung von Ortsbriefen. Bisher wurde, wenn ein nach den Ortsgebührensätzen freigemachter Brief nach außerhalb nachgesendet wurde, der Fehlbetrag verdoppelt und eingezogen. Nach einer Entscheidung des Reichspostministeriums wird in Zukunft diese Art Strafporto nicht mehr erhoben werden. Vielmehr soll nur der einfache Betrag, der an der Frankierung fehlt, nachgehoben werden, und zwar nicht mehr als „Strafporto", sondern als Nachportogebühr. Diese Vorschrift gilt jedoch nur bei solchen Sendungen, die nach den Ortsgebühren frei gemacht sind. Bei allen anderen Sendungen werden die fehlenden Beträge nach wie vor in doppelter Höhe eingezogen.

= **Strafverfolgungen wegen Preistreiberei an Kartoffeln.** Das Preußische Staatsministerium hat die Auflösung der Ausschüsse zur Ermittlung von Angemessenheitspreisen für Kartoffeln beschlossen. Dadurch sind die früheren Richtlinien für die Bekämpfung des Kartoffelwuchers hinfällig geworden. Die Strafverfolgungsbehörden werden künftig, solange eine normale Marktlage für Kartoffeln besteht, bei Einhaltung der amtlich notierten Marktpreise von einem Einschreiten wegen Preistreiberei absehen dürfen. Für den Fall einer Notmarktlage muß es ihnen überlassen bleiben, nach ihrem eigenen Ermessen nach Anhörung geeigneter Sachverständiger die Grenzen zu bestimmen, bei deren Ueberschreiten sie eine Strafverfolgung wegen Preistreiberei für geboten erachten.

= **Abnahme des Schweinebestandes in Preußen.** Bei der Schweinezählung, die am 1. Juni in Preußen stattgefunden hat, wurden insgesamt im ganzen preußischen Staate heutigen Umfanges 8,7 Millionen Schweine gezählt, d. s. 1,75 Millionen oder 16,82 v. H. weniger als am 1. Juni 1914. Die große Verminderung ist nicht durch den starken Rückgang der Zahl der schlachtreifen, über ½ Jahr alten Schweine von rund 3,2 Millionen auf 1,4 Millionen, sondern durch den Rückgang der Zahl der Ferkel um rund 125 000 Stück hervorgerufen. Die Abnahme ist, wie das Statistische Landesamt bemerkt, in erster Linie auf Schlachtungen zurückzuführen, die in der Zwischenzeit sehr zahlreich waren. Der Rückgang der Zahl der schlachtreifen Schweine in der Zeit vom Dezember bis Juni ist an sich nichts Ungewöhnliches; immerhin ist er im Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Tiere diesmal auffallend groß. Als bedenklich erscheint es, daß der an sich schon bedeutenden Verminderung, wie in früheren Jahren, ein verstärkter Nachwuchs nicht gegenübersteht.

= **4000 deutsche Zeitungen und Zeitschriften** haben nach Feststellungen des Hauptschriftleiters der „Köln. Volkszeitung", Dr. Höher, infolge der schwierigen Verhältnisse bisher ihr Erscheinen eingestellt.

— Der Wert der deutschen Mark betrug am Sonntag in Amerika 0,81 Friedenspfennige. Das entspricht einer Dollarbewertung mit 522,27 M. während der Dollars in Berlin am Sonnabend 507,86 M. Geld notierte.

Deuben, 22. Juli. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonnabend Vormittag kurz nach 10 Uhr auf Grube Naumburg. In Ausübung seines Berufs wurde d. Maschineningenieur E. Sebastian auf d. Verbindungsgeleise, das von Grube Naumburg nach Grube Marie führt, von einer Lokomotive, deren Herannahen er nicht bemerkte, erfaßt und ihm beide Beine abgefahren, auch erhielt er am Unterleib tödliche Verletzungen. Der Verunglückte starb kurz nach dem Unfall.

Halle. Im Kellnerstreik ist keine Einigung erfolgt. Die Wirte halten an der Einführung des Bedienungsgeldes fest. Ein Teil der Kellner ist heute in die Lokale zurückgekehrt und hat die Arbeit wieder aufgenommen. Der größere Teil streikt indessen noch.

Halle, 21. Juli. Die Beteiligten am Landfriedensbruch in Neuhaldensleben, die im Mai und Juni von den Magdeburger Gerichten zum größten Teile zu erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, wurden sämtlich amnestiert.

Bad Sulza, 22. Juli. Gestern nachmittag 5 Uhr wurden die Leichen der beiden Rathenaumörder, Kern und Fischer, auf dem Friedhof in Dorf Saaleck in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt. Die Särge waren überreich mit prächtigen Kränzen geschmückt. Angehörige der früheren Brigade Ehrhardt hatten einen großen Lorbeerkranz mit schwarz-weiß-roter Schleife gestiftet. Die Särge wurden getragen von Studierenden des Technikums Bad Sulza sowie zwei Schulfreunden Kerns, ehemaligen Seeoffizieren. Außerdem wohnten dem Akt nur die Eltern Kerns, Mutter und Geschwister Fischers sowie sonstige Angehörige der Verstorbenen und einige Kriminalbeamte bei. Auch einige studentische Vertreter aus Jena, Halle und Leipzig waren zugegen. Das von hier aus Bad Kösen und umliegenden Orten erschienene Publikum wurde zum Friedhof nicht zugelassen. Die Absperrung hatten 20 Sipomannschaften übernommen.

Berlin. Auf der Chaussee Eberswalde-Berlin stieß ein Auto beim Ueberholen eines andern gegen einen Baum. Die Insassen, zwei Herren und zwei Damen, wurden getötet. Derjenige, der den Wagen gesteuert hatte, erlitt einen [illegible] Schädelbruch und wurde hoffnungslos [illegible].

Allerlei aus aller Welt.

* **Ein Lump nach [illegible].** Zu der Verhaftung des Handlungsgehilfen Richard Schuchardt teilt das Leipziger Polizeiamt mit: Im April 1922 wurde von der Kriminalpolizei Leipzig der Korrespondent Karl Richard Schuchardt wegen Verdachts des Landesverrats festgenommen. Nach anfänglichem Leugnen gab er zu, für die Ententekommission in Mainz und anderen Städten über handelspolitische Angelegenheiten und geheime Waffenlager Berichte gefertigt und Geld dafür bekommen zu haben. Sämtliche von ihm erstatteten Berichte sind, wie er selbst später zugab, erdichtet gewesen. Er wurde der Reichsanwaltschaft zugeführt. Von einer Veröffentlichung ist seinerzeit im Interesse der Fortführung der Untersuchung bisher Abstand genommen worden.

* **Selbstmord aus Furcht.** In Hohenedlau bei Halle erschoß sich der Hauptlehrer Heinke unmittelbar vor dem Eintreffen des Kreisschulrates, der seinen Besuch angekündigt hatte. Aus einem Briefe, den Heinke in seiner Tasche hatte, geht hervor, daß er unter einem schweren seelischen Druck gestanden hat, als er die unheilvolle Tat beging.

* **Eine „Handgranate" im Gerichtssaal.** Als von der Paderborner Strafkammer zwei Gewohnheitsverbrecher zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren, warf einer der Verurteilten, namens Drewes, mit den Worten: „Da, ihr sollt auch was haben!" eine Handgranate vor den Richtertisch. Richterkollegium und Zuhörer flüchteten in begreiflicher Aufregung. Später stellte sich heraus, daß die Handgranate, mit der der Verbrecher offenbar eine Panik verursachen wollte, um entweichen zu können, nur eine hölzerne Nachbildung war. Der Streich scheiterte an der Wachsamkeit der Polizeibeamten.

* **Das Hungerelend in der Ukraine ist furchtbar.** Jeden Tag — so heißt es in einem der neuesten Berichte des Roten Kreuzes — schafft man in Kiew Leichen fort von Leuten, die Hungers gestorben sind. Die Verwaltungskörper von Charkow sind gezwungen gewesen, die Hospitäler aus Mangel an Medikamenten und Lebensmitteln zu schließen. Lastwagen, die die Leichname fortschaffen, haben fast eine Woche zu tun, um die Runde durch die Stadt zu machen. Die Folge davon ist, daß die Leichname oft vier Tage auf den Straßen liegen bleiben. Der ganze Rayon zwischen Odessa und Poltawa, der einer der reichsten der Ukraine war, ist vollständig unbebaut. Alle Häuser sind verlassen, nachdem die Bauern das Stroh von den Dächern aufgegessen haben. Einige Städte haben mehr als 85 Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Die Fälle von Menschenfresserei sind so häufig, daß die Verwaltung darauf verzichtet, die Fälle zu verfolgen. Die Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes ist am 13. Juli in Odessa eingetroffen.

* **Die Hebung der „Lusitania".** Die Expedition, die versuchen wird, die 70 Millionen Goldfranken, die mit der „Lusitania" gesunken sind, zu heben, hat Neuyork verlassen. Der Leiter der Expedition hat eine neue Taucherausrüstung erfunden, die gestatten wird, bis zur Tiefe von 83 Metern hinabzusteigen. Bekanntlich ist die „Lusitania" in 80 Meter Tiefe gesunken.

* **Australisches Gefrierfleisch für Deutschland.** Der Korrespondent der „Times" in Melbourne meldet, australische Exporteure haben an Deutschland 10 000 Tonnen Gefrierfleisch verkauft. Die Bedeutung dieser Tatsache liegt nicht nur in der Wiedereröffnung des Handels, sondern auch darin, daß er in ausgedehnterem Umfange stattfindet als vordem.

* **Ein Waffenlager bei Magdeburg.** In dem unweit Magdeburg gelegenen Dorfe Ochtmersleben ist ein großes Waffenlager gefunden worden. Es handelt sich um Waffen aller Art und um dazu gehörige Munition. Der Fund wurde mittels Lastautos nach Magdeburg ins Polizeipräsidium geschafft. Bisher ist der Gutsbesitzer Telz aus Drakenstedt, einem Ochtmersleben benachbarten Orte, verhaftet und in das Magdeburger Polizeigefängnis überführt worden.

* **Vorübergehende Schließung des Berliner „Zoo".** Als dieser Tage der von dem Personal des Berliner Zoologischen Gartens angerufene Schlichtungsausschuß die Direktion zu einer abermaligen Lohnerhöhung bestimmte, stellte es sich heraus, daß der Etat des Zoologischen Gartens durch diese neuen Lohnerhöhungen um Millionen überschritten wurde. Infolge dieses Ergebnisses sieht sich nun die Direktion des Zoo gezwungen, ihren Garten am 1. Oktober über den Winter zu schließen, um ihn erst wieder am 1. April für das Sommerhalbjahr zu öffnen. Auf diese Weise glaubt die Gartenleitung einer völligen Verschuldung zu entgehen. Es wird möglich sein, das ganze Personal, soweit es nicht zur Tierpflege benötigt wird, zu entlassen, damit die ungeheuren Ausgaben für Löhne zum größten Teil ausfallen. Gleichzeitig haben sich die wissenschaftlichen und kaufmännischen Leiter beider Unternehmen an den Staat und an die Stadt Berlin gewandt mit dem Ersuchen, schnelle Hilfe zu bringen.

* **Der „Oberschlesische Hilfsbund"** ist jetzt die einzige Stelle, die die Sammelerlaubnis zugunsten Oberschlesiens hat. Man soll sich daher vor Verwechselungen hüten. Alle anderen Hilfsorganisationen aus der Zeit der Volksabstimmungskämpfe sind jetzt, nachdem die Entscheidung über Oberschlesien gefallen ist, aufgelöst oder in Liquidation.

* **Opfer des Seesturmes.** Die letzten Stürme forderten unter den memelländischen Fischern mehrere Opfer. Da das vor dem Sturme mit vier Fischern ausgefahrene Boot des Fischerwirts Ensins aus Karkelbeck bei Memel nicht zurückgekehrt ist, begab sich der Memeler Lotsendampfer auf die Suche nach ihm. Vor der Hafeneinfahrt wurde das Boot kieloben treibend gefunden. Die Insassen, vier Fischer im Alter von 20 bis 40 Jahren, sind wohl ertrunken.

* **Den Kanal durchschwimmen** wollte der französische Schwimmer Michel. Nachdem er aber 16½ Stunden geschwommen war, und sich nur noch vier Meilen von der englischen Küste entfernt befand, mußte er den Versuch, wie die meisten seiner Vorgänger, aufgeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220725-12/fragment/page=0003

* **Schiffszusammenstoße im Aermelkanal.** Im Aermelkanal stieß nachts bei dichtem Nebel der englische Dampfer „Remuera" mit einem dänischen Dampfer zusammen. Der Engländer wurde leck und mußte einen Hafen aufsuchen. Der Däne konnte seine Fahrt fortsetzen.

* **Verbrecherischer Anschlag auf einen französischen Schnellzug.** Die über die kürzlich erfolgte Entgleisung des Schnellzuges bei Bordeaux angestellte Untersuchung hat ergeben, daß es sich um ein Verbrechen handelt. Mehrere Zeugen haben ausgesagt, daß sich Personen in verdächtiger Weise auf dem Bahndamm zu schaffen gemacht haben. Es ist außerdem festgestellt, daß Schienenlaschen gelöst worden sind.

Gepanzerte Kriminalbeamte. Nach dem Vorbilde von London und New York hat man jetzt auch bei der Berliner Kriminalpolizei sogenannte Panzerwerten eingeführt. Der Panzer besteht aus schuppenartig aneinander gereihten, besonders gehärteten kleinen Stahlplättchen, die dem Träger größte Bewegungsfreiheit lassen. Die bisher vorgenommenen Schießproben auch mit dem stärksten Kaliber der Repetierpistole haben die Kugelsicherheit dieser Panzer bewiesen.

Raubmord an einem Kassenboten. Darmstadt, 21. Juli. Ermordet wurde am hellen Tage auf der Landstraße zwischen Bensheim und Lindenfels in der Nähe von Gadernheim ein 18jähriger Bote, der für eine Steinbruchsbesitzerfirma den Wochenlohn von 40000 Mark nach Eschhausen bringen sollte. Man fand die Leiche beraubt in einem Kornfelde. Vom Täter hat man keine Spur.

⊙ **Keine Revision im Killinger-Prozeß.** Das badische Ministerium wird dem Vernehmen nach die Staatsanwaltschaft Offenburg anweisen, die von ihr gegen das freisprechende Urteil des Schwurgerichts beim Reichsgericht angemeldete Revision im Prozeß gegen v. Killinger zurückzuziehen. Damit wird das Strafverfahren gegen den Angeklagten wegen Mitwisserschaft bzw. Begünstigung des Mordes an Erzberger endgültig beendet sein. Unberührt bleibt davon das Verfahren gegen v. Killinger wegen Geheimbündelei, das in München oder jetzt vielleicht vor dem neuen Staatsgerichtshof in Berlin verhandelt wird.

⊙ **Die Untersuchung des Unfalles der „Ayard"** im Hamburger Hafen, die vom Hamburger Seeamt geführt wurde, führte zu folgendem Urteil: Der Unfall, bei dem 26 Leute der Besatzung und 13 Dockarbeiter zu Tode kamen, ist darauf zurückzuführen, daß die Doppelbodentanks nur unzulänglich gefüllt waren. Die Schuld trifft zunächst den Hafenlotsen Schmidt III, weil er ohne Verständigung mit der Schiffsleitung die Ausdocken eigenmächtig vorgenommen hat. Mildernd ist in Betracht zu ziehen, daß ihm das Gefährliche der Lage nicht zum Bewußtsein gekommen war. Was die brasilianische Leitung anbetrifft, so hat das Zusammenwirken des Kapitäns mit seinen Offizieren bedenklich viel zu wünschen übrig gelassen. Eine für den Unfall ursächliche Schuld kann dem Kapitän Prado nicht zur Last gelegt werden, wohl aber trifft seinen Stellvertreter, den Ersten Offizier ein Vorwurf, weil er, als er das verfrühte Ausdocken bemerkte, es unterließ, Gegenmaßregeln zu treffen.

Der Stand der Mark. Es notierten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	22. 7.	21. 7.	1914
100 holländische Gulden	19735	18377	167.— M.
100 belgische Franken	4020	3890	80.— „
100 dänische Kronen	10911	10387	112.— „
100 schwedische Kronen	13183	12964	112.— „
100 italienische Lire	2857	2267	80.— „
1 englisches Pfund	2262	2152	20.— „
1 Dollar	568	484	4.40 „
100 französische Franken	4254	4149	80.— „
100 schweizerische Franken	9698	—	80.— „

Eingesandt.

Die Schriftleitung übernimmt für Artikel unter dieser Rubrik lediglich die preßgesetzliche Verantwortung.

Im Einvernehmen mit verschiedenen Einwohnern bitten wir die Stadtverordneten von der Zustimmung für eine Eingabe des „Bürgervereins für städtischen Interessen": Schaffung eines Denkmals in irgend einer Form für die Soldaten die 1914—1918 gefallen sind, abzusehen. Es wird dies nur bei Vielen alte Wunden aufreißen und überdies nur eine Verherrlichung des Krieges sein. „Nie wieder Krieg" soll unsere Losung sein. Ja, ein Erinnerungszeichen von Seiten der Arbeiterschaft für die Opfer des Kapitals als Menetekel für kommende Geschlechter, gegen jedes Menschenmorden, dies würden wir verstehen können.

Mehrere Kriegswitwen aus der Einwohnerschaft Teucherns.

J. A.: M. G.

Der Provinzialausschuß zur Ermittlung der Kartoffelpreise hat in seiner Sitzung am 19 Juli 1922 für Frühkartoffeln, handelsübliche Ware je nach Sorte einen Erzeugerpreis (Angemessenheitspreis) von **325 bis 375 Mk.** frei Erzeugerstation oder nächsten Marktort festgesetzt.

Weißenfels, den 21. Juli 1922.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Wegesperrung.

Der **Anlitzerweg** sog. Dobicht **in Flur Gröben**, welcher von dem Deutzner Wege nach der Neugröbner Eisenbahnbrücke führt, **wird hiermit** für den öffentlichen Verkehr **gesperrt**.

Uebertretungen werden unnachsichtlich verfolgt.

Gröben, den 23. Juli 1922.

Die Ortspolizeibehörde.
Jahr, Amtsvorsteher.

Der **Obstverkauf** der Gemeinde **Kostplatz** findet gegen Barzahlung am **Donnerstag, den 27. Juli** abends 1/2 8 Uhr im Gasthofe statt.

Der Gemeindevorsteher.

Das **Obst** der Gemeinde **Neußen i. Gr.** soll **Sonntag, den 30. Juli** früh 8 Uhr an Ort und Stelle meistbietend bei sofortiger Zahlung verkauft werden.

Der Gemeindevorsteher.

Zur Einmachezeit!
Pergamentpapier
vorrätig bei
Otto Lieferenz.

Dienstag, den 25. Juli
abends 8 Uhr treffe ich mit einem großen Transport
Läuferschweinen
im **Hotel zum Löwen** ein.
Gustav Schnellhardt, Weißenfels
Fernsprecher 371. Katharinenstr. 24.

Vereinigter Turnverein.
G. V. D. T.
Monatsversammlung
am **Mittwoch**, den 26. Juli 1922 abends 9 Uhr, in der „Schützenlage".
Einziehen von Beiträgen. Anmeldungen für Hohenmölsen u. Weimar, Gauspielfest am 27. August. Geschäftliches.
Der Turnrat.

Anzeigen
für alle Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Zeitschriften nimmt zu Originalpreisen entgegen
Geschäftsstelle des Wöchentlichen Anzeiger.

1 gutnähende
Nähmaschine
steht zu verkaufen.
Zu erfr. in d. Geschst. d. Bl.

Ein Esel
steht zu verkaufen.
Markt 14.

Ostheimer Sauerkirschen
verkauft
Schützenstr. 13.

Warnung!
In unserm Garten und Feldgrundstücken liegen
Selbstschüsse.
Schwager, Grüner Weg 6.

Das große, in allen Kreisen so beliebte
Zeitzer Vogelschiessen
findet vom **30. Juli** bis und mit **7. August** 1922 statt.
Jeder komme! Viele Sehenswürdigkeiten!

Zeitzer Viehversicherungsverein.
Gegründet 1860.
Wir bringen hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 15. d. Mts. ab innerhalb 14 Tagen die Beiträge für Pferde und Rinder an die Direktion bezw. die betr. Vertreterstellen zu zahlen sind.
Desgl. hat der Vorstand beschlossen, zur Deckung der Ziegenverluste für das vergangene Vierteljahr, das Vierteljahr von 6 Pfg. pro Versicherungsmark und Vierteljahr zu erhebn.
Anträge auf Neuversicherung von Pferden, Esln, Rindern, Ziegen, Schafen und Schweinen werden bis zum wirklichen Wert unter den günstigsten Bedingungen von der unterzeichneten Direktion und den bekannten Vertreterstellen jederzeit gern entgegengenommen und jede hierzu gewünschte Auskunft gern erteilt.
Zeitz, den 15. Juli 1922.
Zeitzer Viehversicherungsverein.
Der Direktor: Max Panzer.

1 Hofhund
verkauft
Th. Arnold.

Kreisarbeitsnachweis Teuchern.
Amtliche Meldestelle für alle offenen Stellen.
Geschäftszeit werktäglich von 8 1/2—1 Uhr.
Gesucht werden:
Knechte, Mägde, Abraum-, Schwelerlarbeiter, Naßpreßarbeiter, Häuer, Förder-, Zimmerleute, Maurer, 1 Hufschmied, 1 Klempner, 1 Dreher, 1 Lokomotivführer, 1 Baggerheizer für Lübecker B-Bagger und Löffelbagger, 1 älterer Schlosser, 1 erfahrener Elektromonteur, 1 älterer Schuhmacher, 2 Wirtschaftsgehilfen, 1 Feuergehilfe, 2 Töpfer, 2 Schlosser, 1 jüngeres Hausmädchen aufs Land.

Wohnhaus
mit **Laden** und Stallung, neugebaut, eventl. geteilt, ist sofort zu verkaufen.
Zu erfr. in d. Expd. d. Bl.

Junger Bursche
für Landwirtschaft sofort gesucht.
Röder, Kostplatz.

Wer tauscht
einen guten **Dreizöllerwagen** gegen einen sehr guten **Vierzöllerwagen?**
Angeb. an die Geschst. d. Bl.

Tinte
aller Farben
zu haben bei
Otto Lieferenz.

Spurlos verschwunden
sind alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Blütchen, Mitesser usw durch täglichen Gebrauch der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul
Zu hab. i. d. Apoth., Drog., u. Parfüm.

Stempel
für Geschäfts-, Privat- und Vereinszwecke
liefert in kürzester Zeit und zu billigstem Preise
Papierhandlung von
Otto Lieferenz.

„Nissin"
gegen
Kopfläuse
Nichts anderes nehmen.
Stadtapotheke Teuchern.

Postkarten
•
Briefumschläge
•
Briefbogen
•
Rechnungen
•
Quittungen
fertigt an
Otto Lieferenz

Haben Sie etwas zu verkaufen?
Dann müssen Sie dafür Sorge tragen, daß das konsumierende Publikum davon unterrichtet ist, daß Sie die betreffenden Waren stets auf Lager haben. Dieses können Sie am besten und billigsten durch eine Veröffentlichung im **Wöchentlichen Anzeiger** bewerkstelligen, denn ein
Inserat ist das beste Werbemittel.
Auch die kleinste Anzeige bringt Ihnen Erfolg!

Die Selbsthilfe beim Bauen
verbilligt wesentlich die hohen Baukosten, namentlich wenn die Bausteine, wie z. B. die AMBI-Steine der seit langem bewährten AMBI-Massivbauweise (D. R. P. und Weltpatente im einfachsten Stampferverfahren unmittelbar an der Baustelle aus überall vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand, Koks-Schlacke usw.) hergestellt werden. Es sind keine komplizierten und teuren Baumaschinen notwendig, sondern lediglich die einfachen AMBI-Formen, welche auch leihweise abgegeben werden. Große Ersparnisse an Transportkosten, Lohn und Zeit. „AMBI-Massiv" ist die beste Siedlungsbauweise und erhielt im Wettbewerb des Deutschen Zement-Bundes (Herbst 1921) unter 54 Bewerbern den ersten Preis. Fordern Sie Druckschriften M der Firma AMBI-Werke Abt. II/N. 40 Berlin SW 68, Kochstr. 18.

Ansichskarten
empfiehlt **O. Lieferenz.**

Herrn Curt **Franke!**

Kann man durchaus sachliche Eingesandts nicht sachlich erwidern, dann schweige man und werde nicht gehässig, denn damit erniedrigt man sich selbst. Ist in meinem Eingesandt ein Mieter oder der Mieterverein angegriffen und was haben mit meinen persönlichen Vorschlägen andere Hausbesitzer und der Hausbesitzerverein zu tun? Steht Ihre Sache auf so schwachen Füßen?

Hamburg ist angeführt, wie dort die Zuschläge feststehen. Es ist Ihnen bekannt, daß die Anlegung des Reichsmietgesetzes durch Ihren 1. Redner — von sozialdem. Seite — als parteipolitische Hetze gekennzeichnet wurde und was ist Ihr Eingesandt? Diese Kriegserklärung gegen eigene Volksgenossen steht im schroffsten Widerspruch mit Ihrer Einladung zur Nie-wieder-Krieg-Feier und warum schreiben Sie in Ihrem Eingesandt das Gegenteil von dem was Sie selbst über meine Vorschläge mir mündlich und schriftlich mitteilten?

Sie haben sich wohl überhaupt noch nie überlegt das bei einer wirklichen — „Volksgemeinschaft" — alle Hausbewohner — wie mein Eingesandt vorschlägt — gemeinsam alle Ausgaben für den Hausbesitz tragen müssen; eine gerechte Verteilung nur durch Feststellung des tatsächlichen Mietswertes jeder Wohnung möglich wird und schon deshalb dafür eintreten muß jeder wirkliche Arbeitervertreter, der nicht großkapitalistische Volksausbeutung betreiben will gegen eigene Volks-, Standes- und selbst Parteigenossen.

Paul Hergert.

Todesanzeige.
Sonnabend früh entschlief nach langem, schweren Leiden unser lieber kleiner
Werner
im Alter von 7 Mon.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Frieda Matschass und Grosseltern.
Teuchern, d. 24. Juli.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220725-12/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 2.— Mk., Reklamezeile 4.50 Mk.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zetterstraße 16, bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: Bei unserer Geschäftsstelle 12.— Mk., bei unseren Boten ins Haus [illegible] 13,00 Mk. Einzel-Nummer 110 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zetterstraße 16, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 86 | Dienstag, den 25. Juli 1922 | 61. Jahrgang

Was gibt es Neues?

— Der Reichspräsident Ebert wird auf Einladung des hamburgischen Senats am 17. August an dem Empfang im Rathaus teilnehmen, der anläßlich der Hamburger Ueberseewoche stattfindet.

— Von der Reparationskommission wurde für die Periode vom 1. August bis zum Oktober 1922 die monatlich zu liefernde Menge an Kohlen auf 1 725 000 Tonnen festgesetzt.

— Die deutsche Antwort auf das Memorandum des Garantiekomitees wurde nach Paris gesandt.

— Minister Severing erklärte im Preußischen Staatsrat, daß vor der Ernennung der neuen Regierungspräsidenten die Provinzialausschüsse gehört werden sollen.

— Der deutsche Botschafter in Amerika Geheimrat Dr. Wiedfeldt ist in Essen eingetroffen.

— Orlando wurde mit der Kabinettsbildung in Italien beauftragt.

— Korfanty's Versuch, ein polnisches Kabinett zu bilden, ist endgültig gescheitert.

— Der Dollar notierte an der Berliner Börse 507.

Das Ziel.

Dieselbe Krisis, welche die junge deutsche Republik heute durchmacht, hat Frankreich um die Jahrhundertwende erlebt und überstanden. Die Dreyfus-Affäre hatte in Paris überaus scharfe Gegensätze zwischen den Anhängern und Bekämpfern der Republik, der Advokaten-Regierung, wie es dort hieß, hervorgerufen, die noch durch das Hineinziehen der kirchlichen Gesellschaften in den Zwist verschärft wurde. Ganz Frankreich war in zwei große Heerlager geteilt, und das Ministerium wandte sehr entschlossene Mittel an, um den Bestand der Republik zu sichern. Alles das ging verhältnismäßig schnell vorüber, es waren die auswärtigen Angelegenheiten, welche die getrennten Geister wieder einigten und sie um das Banner der Republik scharten.

Die auswärtigen Dinge werden es auch in Deutschland sein, die die Lücke, die im Innern klafft, wieder schließen. Die Einigung aller Deutschen durch die auswärtige Politik ist nun freilich nicht in derselben Art wie in Frankreich zu denken, das 1904 die Herzensfreundschaft mit England „zu kriegerischen Zukunftszwecken" schloß, und noch weniger dadurch, daß sich die deutsche Republik als Vorspann für die Pläne zur Herbeiführung für internationale Umwälzungen hergibt, sondern dadurch, daß wir dem deutschen Reiche seine Respektstellung im Kreise der Staaten wiedergewinnen, ohne die kein innerer Wiederaufbau möglich ist.

Der Weg zur Revision des Versailler Vertrages, der über die Umgestaltung des Londoner Ultimatums wegführt, ist durch die soeben erfolgte Einführung der Kontrolle für die deutschen Finanzen mit einem neuen Hindernis versehen worden. Vielleicht wäre diese Finanzkontrolle heute nicht gekommen, wenn wir vor Jahresfrist mit der inzwischen wieder eingeschlafenen Einrichtung eines „Sparkommissars" Ernst gemacht hätten. Der Sparkommissar war jedenfalls ein angenehmerer Gast als die Finanzkontrolle. Vielleicht faßt dieselbe unser Budget mit Glacéegandschuhen, vielleicht ist sie aber auch anderen Sinnes und denkt an Poincarés und Clemenceaus Worte, daß Frankreich das erste Recht auf die deutschen Einnahmen habe. Hier gilt das kräftige Volkswort: Besser bewahrt, als beklagt! Und darum müssen wir es als das erste Ziel und als eine Ehrensache betrachten, uns diesen Kuratelbersuch wieder vom Halse zu schaffen.

Alle deutschen Volksgenossen und alle politischen Parteien haben an der Erreichung dieses Zieles das größte Interesse, denn es ist nicht hübsch, wenn ein Volk von 60 Millionen Seelen wie ein jugendlicher Verschwender in seinen Einnahmen und seinen Ausgaben kontrolliert wird. Die Arbeiter haben an der Beseitigung dieses Zustandes vielleicht das größte Interesse, denn sie müssen daran denken, daß die französischen Geldheischer den deutschen Ausgaben für Sozialpolitik nicht gerade freundlich gegenüberstehen. Bis wir uns aber wieder Ellenbogenfreiheit verschafft haben, müssen wir alles tun, um den Finanzkontrolleuren den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es ist also ein Gebot der Klugheit, die wirtschaftliche Produktion den politischen Auseinandersetzungen vorzustellen, denn die letzteren nützen nichts ohne die ersteren, die allein Goldwerte bedeuten und die uns allein die volle Selbständigkeit des finanziellen Handelns wiedergeben können. Mehr Steuern können wir nicht zahlen, viel mehr Papiergeld läßt sich nicht drucken, wenn die Mark nicht den letzten Wertrest verlieren soll, aber eine Verdopplung der Fabrikate und Waren bringt doppeltes und gutes Geld ins Land. Das Mitleid der Entente, auf das bei uns noch mancher rechnet, garantiert auch keine reiche Ernte, das sehen wir an dem Notbehelf eines provisorischen Moratoriums, hinter dem allerlei verborgene Pläne lauern.

Unter Entente-Aufsicht.

Der Bestimmungen über die Finanzkontrolle.

Das Schreiben des Garantiekomitees an den den Reichskanzler liegt nunmehr im Wortlaut vor. Sein Schwerpunkt liegt in den Kontrollbestimmungen, die die schlimmsten Erwartungen übertreffen und der deutschen Finanzhoheit den Todesstoß versetzen. In diesen Bestimmungen heißt es:

I. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei Vertreter der ständigen Delegation des Garantiekomitees besonders akkreditiert werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Einnahmen, der andere mit den Ausgaben des Reiches befassen wird.

II. Jeder von ihnen wird besonders mit dem zuständigen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen.

III. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieser Delegierten unaufgefordert dem Garantiekomitee nachstehende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:

a) den Entwurf des Reichshaushaltsplans für das nächste Haushaltsjahr. Dieser Entwurf wird zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.

b) Alle Gesetzentwürfe fiskalischer Art. Diese Entwürfe werden zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat mitgeteilt werden.

Unter c bis h wird dann noch weiter ausgeführt:

der Zentralbehörden angegliederten beweglichen Nachprüfungsdienst schaffen wird, der dazu bestimmt ist, die dem Reichsfinanzministerium nachgeordneten Dienststellen zu inspizieren.

Der Inhalt der Berichte der beweglichen Inspektionsbeamten wird, soweit er auf die Aufgabe des Garantiekomitees Bezug hat, dessen Delegierten mitgeteilt werden.

Von Zeit zu Zeit können die Delegierten oder ihre Vertreter auf ihr Ersuchen die Inspektionsbeamten dieses Nachprüfungsdienstes zum Zwecke der Vornahme von Stichproben begleiten. Bei diesen Stichproben werden sich die Beamten des Garantiekomitees die Notwendigkeit vor Augen halten, den Gang der Verwaltung nicht zu stören und das Geheimnis des Vermögens und der Angelegenheiten der Steuerzahler zu achten.

Der obengenannte Nachprüfungsdienst soll am 1. November 1922 in Tätigkeit sein.

*

Schwebende Schuld.

Zur Aufgabe des Garantiekomitees gehört es, Maßnahmen zu treffen, die es ihm ermöglichen, jederzeit den genauen Stand der schwebenden Schuld zu kennen und sich Rechenschaft zu geben über die Zahlungsmittel, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung seiner Ausgaben verwendet.

Zu diesem Zwecke wird einer der in der Ziffer I des Kapitels I dieses Memorandums vorgesehenen Delegierten oder einer ihrer Vertreter von der deutschen Regierung bei dem Reichsfinanzministerium für diese Aufgabe besonders beglaubigt werden.

Unterdrückung der Kapitalflucht.

Das Memorandum enthält weiterhin einen längeren Abschnitt, der die Richtlinien für gesetzgeberische Maßnahmen zur Ergänzung des deutschen Kapitalfluchtgesetzes wiedergibt. Bankrechnische Fragen und bis ins Einzelne gehende Leitsätze zu Ausführungsbestimmungen finden sich dort.

Statistiken und Anlagen.

In einem weiteren Abschnitt werden Bestimmungen für die Aufstellung von Statistiken des Außenhandels, einer Produktions- und einer Finanzstatistik gegeben. Der Denkschrift sind einige Anlagen beigefügt.

Reichstag und Finanzkontrolle.

Die Aussprache im Auswärtigen Ausschuß.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf das Memorandum des Garantiekomitees ist bereits nach Paris gesandt worden und wird demnächst veröffentlicht werden. Auf Grund der Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß ist der Text noch etwas verändert worden, doch hatte sich die Reichsregierung schon vorher grundsätzlich festgelegt. Im Ausschuß war man darüber stark verstimmt. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Stresemann, gab zu Eingang der Verhandlung dieser Stimmung Ausdruck. Abg. Dr. Helfferich schlug sogar vor, man solle überhaupt nicht in Verhandlungen eintreten, zog jedoch diesen Einspruch zurück mit der Begründung, es ließe sich vielleicht dadurch noch etwas für die Verbesserung der Antwortnote erreichen.

In den Beratungen, in die man sodann eintrat, stellte die Regierung mit allem Nachdruck fest, daß die Zustimmung zu der Aufrichtung einer Finanzkontrolle nur im Zusammenhang mit dem Moratorium zu denken sei. Sollte das Moratorium nicht zustande kommen, so wäre selbstverständlich auch die Vereinbarung mit dem Garantiekomitee hinfällig. Besonderer Nachdruck werde bei der Ausführung der Kontrolle darauf gelegt werden, daß das Steuergeheimnis der einzelnen Zensiten nicht verletzt werde.

Der Ausschuß ging auseinander, ohne einen Beschluß zu fassen. Die Erklärungen der Reichsregierung wurden lediglich zur Kenntnis genommen. Man will also zunächst der Regierung freie Hand lassen, ohne sich selbst zu binden, doch war man sich bis weit nach rechts hin darüber klar, daß ohne eine gewisse Finanzkontrolle an ein Moratorium und eine Anleihe nicht zu denken ist.

Der neue Preußenkurs.

Severing verteidigt sich im Staatsrat.

Der preußische Staatsrat beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Neubesetzung einer größeren Anzahl höherer Verwaltungsstellen, wobei nicht nur von dem Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, Grafen Rantzau, sondern auch von dem Zentrumsredner Dr. Kaas gerügt wurde, daß die Neubesetzung ohne vorherige Anhörung der Provinzialausschüsse erfolgt sei. Minister Severing erklärte demgegenüber, daß eine amtliche Veröffentlichung der Neuernennungen noch gar nicht erfolgt sei. Das Staatsministerium habe allerdings den Minister des Innern ermächtigt, die Ernennungen ohne Einvernehmen mit den Provinzialausschüssen vorzunehmen, wenn es ihm nicht gelinge, innerhalb 3 Wochen dieses Einvernehmen herzustellen.

*

Gleichzeitig gibt der amtliche preußische Pressedienst nochmals eine Zusammenstellung der in Aussicht genommenen neuen Männer. Neu ist darin nur, daß der Ministerialrat Dr. Sonnenschein in Osnabrück, Landrat Dr. Rombach (Düren) in Münster, Landrat Dr. Saaßen (Kreffeld) in Trier und Landrat Dr. Klausener (Recklinghausen) in Aachen Regierungspräsidenten werden sollen. Bestätigt wird ferner daß Dr. Wiemer als Oberpräsident der Grenzmark Posen-Westpreußen in Aussicht genommen ist. Dieser Mitteilung wird hinzugefügt: Um eine möglichst baldige Wiederbesetzung der vakanten Stellen herbeizuführen, sind vom Staatsministerium bereits die erforderlichen Schritte zur Herbeiführung des Einvernehmens der Provinzialausschüsse gemäß Art. 86 der Verfassung unternommen worden.

Vom Getreidemarkt.

In der Berichtswoche hat es eine außerordentliche Fülle von Niederschlägen gegeben. Dem Wunsche nach Feuchtigkeit ist nunmehr überreichlich Genüge getan und es ist umso wünschenswerter, daß schleunigst wieder sonniges, trockenes und warmes Wetter eintritt, weil die Roggenernte bereits kurz vor jenem Regen begonnen hatte und allgemein der Sense harrt. Die starken Regengüsse im Verein mit zeitweise sehr stürmischem Wetter haben leider zahlreiche Felder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220725-12/fragment/page=0005